

# Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Perestroika

## Zur Diskussion über die Umgestaltung der sozialistischen Ökonomie (II)

Robert Katzenstein

*Den ersten Teil dieses Beitrages brachten wir in Heft 3/88. Der Autor erläuterte darin Grundbegriffe des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, beschäftigte sich mit den Triebkräften der Produktion in Kapitalismus und Sozialismus und behandelte die Frage, ob Elemente privater Produktion als kapitalistische Elemente der Gesellschaft anzusehen sind. Im zweiten Teil nun stellt er sich der Frage „Planwirtschaft oder Marktwirtschaft?“, geht auf Möglichkeit und Risiko von Krisen in der sozialistischen Wirtschaft ein und nimmt zum Problem der Möglichkeit von Arbeitslosigkeit Stellung.*

### Planwirtschaft oder Marktwirtschaft?

In den Bereichen, die wir hier im Auge haben, ist es mit dem bloßen Freiraum für die Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze der Warenproduktion nicht mehr getan. Dort gibt es die Alternative Planwirtschaft oder Marktwirtschaft schon nicht mehr, da läuft nichts mehr ohne Plan. Nicht einmal im Kapitalismus.

Nehmen wir zum Beispiel die Stahlindustrie. Der Thyssen-Konzern stellt jährlich zwischen 8 und 12 Millionen Tonnen Stahl her. Tagtäglich werden in diesem Konzern an die 30 000 Tonnen Erze, Brennstoffe usw. zu Stahl verarbeitet: Das sind in zwei Tagen 60 000, in drei Tagen 90 000 Tonnen, in vier Tagen 120 000 Tonnen usw. Bei diesen Größenordnungen verstopfen alle Häfen, Bahnhöfe, Umladestationen, wenn der Transport nicht in stetem Fluß erfolgt. Und es verstopfen alle Lager, wenn die angelandeten Rohmaterialien nicht in ebenso stetem Fluß verarbeitet werden, und ebenso, wenn die Fertigprodukte nicht sofort und in stetem Fluß abgefahren und an die Verbraucher geliefert werden. Bei diesen Größenordnungen muß die Produktion planmäßig durchorganisiert sein, vom Bruch des Erzes in der Grube über den Transport, die Umladungen, die Produktion, bis hin zum Endverbraucher des Stahls und sogar oft von diesem weiter bis zum Handel, der die Fertigerzeugnisse vertreibt.

Bei den Produzenten, die in so einer Produktionskette zusammenhängen, geht es gar nicht mehr ohne ein im voraus berechnetes Zusammenspiel, bei dem jeder Teil sein Produkt, ob Zuschlagstoff oder Energie usw., zu bestimmter Zeit am gegebenen Ort abliefern muß. Die Stahlindustrie ist auch bei weitem nicht der einzige Zweig, in dem sich der Zwang zur Planung und Organisation der Produktion bemerkbar macht. Eine moderne Ölmühle, um noch ein Beispiel zu nennen, verarbeitet heute pro Arbeitstag zirka 17 000 Tonnen Ölsaaten. In der Autoindustrie – und nicht nur dort – strebt man sogar schon an, daß die von den Zulieferern gefertigten Teile möglichst direkt an das Montageband geliefert werden.<sup>1</sup> In den Zweigen mit Produktivkräften hochgradig

gesellschaftlichen Charakters würde ein Chaos hervorgerufen, wenn die Stetigkeit in diesem Fluß von Produkten aller Art für längere Zeit unterbrochen würde. Ohne bewußte, planmäßige Entwicklung und Organisation der Produktion in gesellschaftlichen Maßstäben ist rationelle Produktion dort überhaupt nicht mehr möglich. In diesen Zweigen erzwingen das Wertgesetz bzw., in gängiger Ausdrucksweise, die Marktgesetze die planmäßige Gestaltung und Organisation der Produktion als generelle Bedingung der Profitproduktion. Und zwar in einem Maßstab, der schon über die Grenzen selbst großer Konzerngruppen hinausgehen muß. Dieser Vergesellschaftungsprozeß der Produktion ist es, der die bewußte Gestaltung und Organisation der Produktion sogar schon im Kapitalismus zum ökonomischen Gesetz werden läßt, als Bestandteil der Durchsetzung des Wertgesetzes; sie gehört zur Herstellung des gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitsaufwandes zur Produktion der Waren.

Allerdings handelt es sich bei dieser planmäßigen Gestaltung der Produktion im Kapitalismus nur um ihre Organisation im gesellschaftlichen *Maßstab*. Es sind private Produzenten, und sie können den Erfordernissen einer solchen Produktionsorganisation daher immer nur in dem durch die Eigentumsverhältnisse gesetzten Rahmen genügen. Die vom gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte ausgehenden Zwänge schlagen sich so zwar in den gesellschaftlichen Maßstäben nieder, in denen sich dieser Organisationsprozeß heute auch im Kapitalismus vollzieht, aber ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß ist es nicht, obwohl sich natürlich auch die Organisationsformen und Produktionsverhältnisse des Kapitals an diese Zwänge anpassen müssen, in Form der Konzerne und Konzerngruppen, also des Monopolkapitals, der Finanzoligarchie und schließlich des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Alles dies sind Anpassungsformen der Kapitaleigentums- und der Kapitalverfügungsverhältnisse an die von der Entwicklung der Produktivkräfte her gesetzten Bedingungen.<sup>2</sup>

Im Kapitalismus haben sich aus den geschilderten ökonomischen Zwängen heraus Konzerngruppen gebildet, in denen die für die Gestaltung und Organisation der Produktion in gesellschaftlichem Maßstab notwendige zentrale Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel über ein Beteiligungssystem hergestellt wird, das den einzelnen Betrieben genügend Spielraum für ihre eigene Bewegung läßt, aber die notwendige Zusammenarbeit eigentumsmäßig absichert. Die Entscheidungsgewalt über die Entwicklungsrichtung und über die Mittel liegt bei der Gruppenspitze, d. h. bei der Finanzoligarchie, die die betreffende Produktionskette bzw. Konzerngruppe beherrscht. Hier wird dann pragmatisch über die Gewinnabführungen an die Muttergesellschaft, über Preisvereinbarungen zwischen den beteiligten Unternehmen, über Ausschüttungen an die Aktionäre (die eigentumsmäßige Beteiligung läuft meist über Aktienbesitz) usw. entschieden, wo die Mittel hinfließen und wie sie eingesetzt werden.

Im Sozialismus läuft der Prozeß umgekehrt ab. Dort sind das Eigentum und die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zunächst zentralisiert, und sie müssen, wenn die Umstände herangereift sind, gewissermaßen dezentralisiert werden, um den Betrieben mehr Spielraum für eigenständige Entwicklung zu lassen. Die zentrale staatliche Planung umfaßt dann nur noch die gesamtwirtschaftliche Zielstellung für die gesellschaftliche Produktion und die Festsetzung der daraus abzuleitenden strukturellen Entwicklungsschwerpunkte in volkswirtschaftlichem Maßstab und sicherlich auch noch einige andere Punkte.

In diesen Bereichen sind die Probleme also nicht einfach durch die Schaffung von Freiraum für die Wirkungsweise der Gesetze der Warenproduktion zu lösen. *Einerseits* brauchen die Betriebe zwar mehr Selbständigkeit, um ihre Aufgaben lösen zu können. Erreicht werden soll das über das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel, das die Betriebe zwingt, sich die Mittel der Produktion, einmal vorgeschossen, selbst zu erwirt-

<sup>2</sup> Übrigens zeigt sich dieser Prozeß auch in der Ausbildung solcher Wissenschaften wie der Organisationswissenschaft, der Logistik usw., also alles Wissenschaften, die für die bewußte Organisation der Produktion von Bedeutung sind. Freilich gilt dies nur für die Betriebswirtschaftslehre. In der Volkswirtschaftslehre gelten nach wie vor die „Marktgesetze“ und die Konkurrenz immer noch als die Allheilmittel gegen wirtschaftliche Gebrechen aller Art.

schaften. Auch über ihren Gewinn können sie – abzüglich der zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben notwendigen Quote, versteht sich – selbst verfügen, ihn zum Teil für die eigenen Akkumulationsbedürfnisse einsetzen und ihn zum anderen Teil an ihre Beschäftigten ausschütten, leistungsgerecht natürlich. Auf diese Weise wird sowohl die notwendige Eigenständigkeit der Betriebe gewahrt als auch ihr Einkommen wie das ihrer Beschäftigten an ihre gesellschaftliche Leistung gebunden, sind sie gezwungen, ihre Produktion an den Bedarf der Gesellschaft anzupassen.

*Andererseits* aber ist auch die ordnende und richtungweisende Hand des Staates nötig, um den störenden Einfluß individueller oder betrieblicher Interessen auf die Herstellung der notwendigen Produktionszusammenhänge auszuschalten und um der Produktion der Betriebe die allgemeine Richtung zu weisen.

In den einzelnen sozialistischen Ländern werden diese Probleme in sehr unterschiedlicher Weise gelöst. In der DDR hat man die Form der Kombinate gefunden, in denen alle Betriebe zusammengefaßt werden, die über ihre Hauptproduktionen in einer Produktionskette verbunden sind. Das dürfte wohl auch die richtige Lösung sein. Nicht in allen sozialistischen Ländern ist sie aber in gleicher Weise durchführbar, weil der jeweilige Entwicklungsstand der Produktivkräfte wie der Betriebe doch zu unterschiedlich ist. In der UdSSR, ebenso wie in der Volksrepublik China, kommen noch die Weite des Landes und das in bezug auf den Massenguttransport noch dünne Verkehrsnetz hinzu.

### Krisen im Sozialismus?

Die notwendigen Umgestaltungen der sozialistischen Produktionsverhältnisse bringen natürlich auch mehr Spontaneität in den Ablauf der wirtschaftlichen Prozesse. Es fragt sich also, ob dadurch nicht auch im Sozialismus Wirtschaftskrisen zu fürchten sind. Möglich ist das schon, systembedingt sind sie nicht. Dazu sind die Rahmenbedingungen und ist die Interessenlage zu verschieden vom Kapitalismus.

Der Kapitalist strebt nach Geld. Die Kreislaufformel des Kapitals ist  $G - W - G + g$ , d. h. Geldmacherei ist das Ziel seiner Wünsche. Er setzt Geld ein, sein Kapital, um am Ende mehr Geld herauszubekommen. Diese Bewegung des Kapitals ist unendlich, weil der Bedarf an Geld nie zu sättigen ist, zumal auch Macht und gesellschaftliche Stellung des Unternehmers davon abhängen. Ein Kreislauf ohne Ende also. Wenn ein Unternehmer mit seiner Produktion an die Grenzen des Marktes stößt, dann hört er nicht etwa auf zu produzieren, auch wenn der Markt offensichtlich gesättigt ist. Er beginnt dann vielmehr zu rationalisieren, um mehr und billiger produzieren und so die Konkurrenten aus dem Markt stoßen zu können. Überproduktion ist im Kapitalismus also kein Grund für die Einschränkung der Produktion, sondern im Gegenteil für Rationalisierung und die damit verbundene Ausdehnung der Kapazitäten. Gleichzeitig führt die Rationalisierung zur Entlassung von Arbeitskräften, also, da so auch die Gesamtlohnsumme sinkt, zur Einengung der Absatzmärkte. Ein widersinniger, aber im Kapitalismus unvermeidlicher, gesetzmäßiger Prozeß.<sup>3</sup> Krisen und Arbeitslosigkeit sind deshalb im System selbst angelegt.

Anders im Sozialismus. Die Werktätigen leben nicht, um zu arbeiten, sondern sie arbeiten, um zu leben. Eine ganz andere Motivation, die Motivation der einfachen Warenproduzenten. Der Kreislauf der Warenproduktion ist  $W - G - W$ , d. h., Warenproduzenten produzieren eine Ware, um für den Erlös aus ihrem Verkauf eine andere Ware kaufen zu können, die sie brauchen oder die ihr Herz gerade begehrt. Ihr Bedarf ist, anders als beim Unternehmer, stillbar. Sie können deshalb auch mit der Produktion aufhören, brauchen die Kapazitäten nicht weiter auszudehnen, wenn sie mit ihrer Produktion an die Grenzen des Marktes stoßen. Wenn sie ihre Waren nicht mehr loswerden, so zeigt ihnen das nur an, daß der Bedarf an diesen Waren gedeckt ist. Sie können sich dann auf die Deckung des Ersatzbedarfes beschränken oder sich der Deckung anderen

<sup>3</sup> Ich kann hier diese Krisengesetzmäßigkeiten nicht eingehend abhandeln. Das wird in einem der nächsten Hefte nachgeholt.

gesellschaftlichen Bedarfs zuwenden. Ist kein solcher Bedarf vorhanden, arbeiten sie eben weniger, verkürzt sich die gesellschaftliche Arbeitszeit. Überproduktion ist im Sozialismus, so Karl Marx, nur ein Instrument der Kontrolle der Gesellschaft über die gegenständlichen Mittel ihrer Produktion.<sup>4</sup> Deshalb ist im Sozialismus Überproduktion nicht zu fürchten. Ich würde eher sagen, es gibt dort zu wenig Überproduktion, denn Reserven sind eine ganz wichtige Voraussetzung sowohl für eine rationelle Produktionsgestaltung als auch für eine reibungslose und ansprechende Versorgung der Bevölkerung.

In der Praxis werden diese Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus auch deutlich sichtbar. In der BRD steckte die Textilindustrie jahrzehntelang in der Krise. Ein Betrieb nach dem anderen ging in Konkurs, und je schwieriger die Verhältnisse wurden, um so mehr rationalisierten die Unternehmer dieses Zweiges; die Kapazitäten sanken nicht, obwohl die Zahl der Betriebe abnahm und die Beschäftigung in diesem Zweig immer geringer wurde. Regionen, in denen die Textilindustrie massiert ihren Standort hatte, wie etwa der Aachener Raum, wurden zu Notstandsgebieten. Eine dauernde Krisenlage. Aktuelles Beispiel: die Stahlindustrie (und andere Zweige!). Wenn wir uns die Kombinatformen ansehen, wie sie in der DDR entwickelt worden sind, dann scheint es überhaupt kaum möglich, daß sich spontan Überkapazitäten entwickeln. Wieso sollte ein Kombinat, das die gesamte Hauptproduktion eines Zweiges umfaßt – in unserem Falle die Textilproduktion –, Kapazitäten aufbauen, über das Maß von Reservekapazitäten hinaus, wenn keine entsprechende Nachfrage da ist? Oder wieso sollte es überhaupt nicht gleich von vornherein alle durch die moderne Technik gegebenen Rationalisierungseffekte ausnutzen, so daß so schnell gar kein neuer Rationalisierungszwang mit entsprechenden Überkapazitäten entsteht? Einsichtige Gründe gibt es dafür nicht. Die Prozesse verlaufen daher auch in der Tat anders. In der Textilindustrie der DDR sind zwar ebenfalls, wie in der BRD, Überkapazitäten entstanden, weil in der „dritten Welt“ eine eigenständige Textilindustrie aufgebaut wurde. Aber die DDR unterstützte den Aufbau der Textilindustrie in der „dritten Welt“ und nutzte ihn gleich, um mit diesen Ländern arbeitsteilige Austauschbeziehungen herzustellen. D. h., sie baute eigene Textilkapazitäten ab, kaufte einen großen Teil ihrer Textilien fortan in den Entwicklungsländern und sicherte sich so dort langfristige Absatzmärkte für eigene Produkte. In der DDR selbst wurden die Textilkapazitäten durch zukunftsfruchtige Arbeitsplätze ersetzt und die Werktätigen entsprechend neu geschult. Die anderen Verhältnisse, die andere Motivation der Produktion und die anderen Rahmenbedingungen – das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln – wirkten sich also positiv aus.

Dennoch sind auch im Sozialismus Krisen denkbar. Störungen der gesellschaftlichen Produktionszusammenhänge können sich aus dem Einfluß persönlicher oder betrieblicher Interessen ergeben. Beispielsweise in einem System der Arbeiterselbstverwaltung: In Jugoslawien war das zum Beispiel der Fall. Auch in anderen sozialistischen Ländern sind solche Einflüsse möglich, weil vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte her die eigenständige Entwicklung der Betriebe noch mehr Spielraum bekommen muß als in hochentwickelten sozialistischen Ländern wie etwa der DDR. Ich sehe hier zwar keine akuten Gefahren, aber die Möglichkeit besteht doch. Vor allem – ich habe jedenfalls diesen Eindruck –, weil selbst von sozialistischen Ökonomen die Notwendigkeit, in die ökonomischen Prozesse zentral gestaltend einzugreifen, unter-, die Gleichgewichtswirkung der sogenannten Marktgesetze aber überschätzt wird. Das Beispiel des Kapitalismus scheint hier eher verwirrend als erhellend zu wirken.

Vor allem die Konkurrenz scheint dabei als Allheilmittel für wirtschaftliche Gebrechen aller Art angesehen zu werden. Ich will damit keineswegs andeuten, daß die Konkurrenz im Sozialismus keinen Platz hat. Ganz im Gegenteil, es wäre ganz gut, wenn die Konkurrenz so manchem Produzenten, Betrieb wie Werktätigem, die Härte in der Durchsetzungsweise ökonomischer Gesetze klarmachen würde, bevor es die Krise tut.

<sup>4</sup> Karl Marx, Das Kapital, Bd. II, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 24, S. 178 und 464 f.

Aber darüber darf man doch nicht vergessen, daß die Konkurrenz keineswegs das *Wesen* des Wertgesetzes, also des Kerngesetzes der Marktwirtschaft, darstellt. Sie ist nur das *Mittel* seiner Durchsetzung dort, wo sich dieses Gesetz im *spontanen Prozeß* durchsetzen muß, und dort gehören auch die Wirtschaftskrisen zu den Gesetzmäßigkeiten dieses Prozesses. Gerade diese Spontaneität ist aber heute, wie schon gezeigt, kein gangbarer Weg mehr. Zumindest in den Bereichen mit hochgradig gesellschaftlicher Produktion muß den Erfordernissen des Wertgesetzes bewußt Rechnung getragen, muß die Produktion bewußt gestaltet und organisiert werden. Ich habe das bisher nur als Bedingung der Profitproduktion dargestellt, aber es gilt ganz generell für die Regulierung der gesellschaftlichen Produktion.

Man braucht doch bloß einen Blick auf die kapitalistische Wirtschaft zu werfen, um zu erkennen, daß die Beweglichkeit der Unternehmen, sich an veränderte Marktverhältnisse anzupassen, ganz allgemein beschränkt ist. Die Beweglichkeit der Betriebe wird auch keineswegs dadurch vergrößert, daß sie in Konkurrenz zueinander stehen. Sonst gäbe es nicht diese Fülle von Strukturkrisen. Das Kapital ist vielmehr, einmal investiert, in den Anlagen fixiert, und von einer Umstellung der Anlagen auf neue Erzeugnisse ohne große Kapitalvernichtung kann keine Rede sein. Was im Kapitalismus als bewegliche Anpassung an die Marktverhältnisse erscheint, ist in Wirklichkeit eine sich ausbreitende Überproduktion. Das Kapital baut neue Zweige in Konkurrenz zu den alten Zweigen auf und unterwirft diese einem langanhaltenden Siechtum. Daher die sich häufenden Strukturkrisen, daher die chronisch gewordene Massenarbeitslosigkeit. Gerade die Schwierigkeiten bei der Regulierung der gesellschaftlichen Produktion über den Marktmechanismus haben dazu geführt, daß der Staat schon im Kapitalismus zu dieser Regulierung herangezogen werden mußte. Die spontane Bewegung des Wertgesetzes ist heute wirtschaftlich und sozial zu teuer geworden. Wirtschaftlich wegen der Kapitalverluste, sozial wegen der Massenarbeitslosigkeit, der Armut, der Lebensangst und der politischen Unruhen, die damit verbunden sind. Im Kapitalismus sucht man daher fortwährend nach Möglichkeiten der Produktionsregulierung, aber ohne das Grundelement auszuschalten, das den Antrieb und den spontanen Ablauf in den ganzen Prozeß bringt, das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Im Sozialismus ist dieses Element ausgeschaltet. Das ist von Vorteil, denn die Lösung für die Schwierigkeiten kann gewiß nicht in der Wiederherstellung der vollen Spontaneität der ökonomischen Prozesse liegen. Wenn man nur die Freisetzung von Energie im Auge hat, wie sie die Freisetzung der Marktkräfte vorgeblich bringt, ohne auch ihre Beherrschung, ihren geregelten Einsatz zu bedenken, dann kann man nicht von vornherein ausschließen, daß es auch im Sozialismus zu krisenhaften Fehlentwicklungen kommen kann.<sup>5</sup>

### **Sozialismus und Arbeitslosigkeit**

Anders sieht die Sache aus, wenn man die sozialen Folgen der Wirtschaftskrisen betrachtet. Hier sehe ich keine Gefahren. Wenn man für den Bedarf der Gesellschaft produziert und alle Bereiche gesellschaftliches Eigentum sind, dann ist die Bedarfsdeckung in einem Produktionsbereich oder die Rationalisierung der Produktion dort allenfalls ein Grund für die Umsetzung von Arbeitskräften in andere Aufgabengebiete (siehe oben) oder für die Verkürzung der gesellschaftlichen Arbeitszeit (ohne Abstriche am realen Lohn, versteht sich). Auch hier genügt wieder ein Blick über die Grenze, um den Unterschied der Systeme festzustellen. Freigesetzte Arbeitskräfte werden in der DDR generell von den Betrieben nicht entlassen, sondern solange mit anderen Arbeiten weiterbeschäftigt, bis sie anderweitig Arbeit gefunden haben. Sogar bei voller Lohnfortzahlung.<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Manche sozialistischen Manager scheinen das so einseitig zu sehen. Vgl. etwa W. Gurewitsch, Explosion, in: Moskau News, Nr. 8/88, S. 7. Das ist übrigens auch ein Beispiel dafür, wie divergierend persönliche bzw. betriebliche und gesellschaftliche Interessen auch im Sozialismus sein können.

<sup>6</sup> Das widerspricht allerdings dem sozialistischen Leistungsprinzip, denn es ist wohl anzunehmen, daß die Betriebe Leute umsetzen, die nicht gerade zu den fleißigsten gehören.

Auch die Arbeitslosigkeit ist also im sozialistischen System nicht angelegt. Möglicherweise kann es einmal zu Stockungen im Abfluß von Arbeitskräften aus alten in neue Bereiche kommen. Es ist nicht einfach, diese Prozesse zu bewältigen, weil sie ganz beträchtliche Anforderungen an die verfügbaren Mittel der Gesellschaft stellen, im Sozialismus mehr noch als im Kapitalismus, weil Standortsicherung, Umschulung, Lohnfortzahlung und dergleichen soziale Sicherungsmaßnahmen selbstverständlich sind. Auch die Kosten neuer Arbeitsplätze sind hoch.<sup>7</sup> Noch höher sind die Entwicklungskosten für einen ganzen neuen Zweig. Es mag auch zu Fehlentwicklungen kommen, die zu vorübergehender Arbeitslosigkeit führen.

Im allgemeinen schließe ich aber aus, daß sich solche Krisen, wenn der Umgestaltungsprozeß erst einmal richtig in Gang gekommen ist, zu sozialen Krisen entwickeln können. Massenhafte Überproduktion und Überkapazitäten auf der einen und massenhafte Arbeitslosigkeit, sich ausbreitende Armut auf der anderen Seite, das wird es nicht geben. Dazu ist der Bedarf der Gesellschaft an Produkten mannigfacher Art noch viel zu groß. Überdies setzt der technische Fortschritt selbst ausreichend Mittel frei, um ihn in einer sozial verträglichen Weise bewältigen zu können. Auch hier ein Beispiel aus dem Kapitalismus. Bei der Schließung des Krupp-Stahlwerkes in Rheinhausen gehen etwa 5300 Arbeitsplätze verloren. Vom Gesichtspunkt der vorhandenen Mittel her gesehen wäre ihr Ersatz durch neue Arbeitsplätze kein Problem. In dem Werk sind jahrelang Abschreibungen angefallen. Für die Werksschließung erhält die Krupp AG eine Prämie von einigen hundert – man spricht von über sechshundert – Millionen DM, und schließlich bringt die vorgesehene Kooperation mit Thyssen und Mannesmann auch noch zusätzliche Profite von 240 Millionen DM *jährlich* ein. 5300 Ersatzarbeitsplätze aber würden gerade etwas über eine Milliarde DM kosten.<sup>8</sup> Es ist also der Systemunterschied, der den Ausschlag gibt. Bei Krupp geht es um den Profit. Daher wird das Kapital abgezogen und irgendwo anders angelegt, vielleicht sogar in einem Konkurrenzwerk irgendwo außerhalb des Landes. Im übrigen werden in der DDR jährlich massenweise Arbeitskräfte freigesetzt, und es sind eben diese von der Gesellschaft erarbeiteten und im Kapitalismus von den Unternehmern angeeigneten Mitteln, aus denen die Arbeitsplätze für ihren Neueinsatz bezahlt werden. Es ist also möglich, die vom technischen Fortschritt und den notwendigen strukturellen Veränderungen aufgeworfenen Probleme sozial verträglich zu meistern. Wie gesagt wird es manchmal Stockungen im Abfluß der Arbeitskräfte in neue Bereiche geben. Aber Arbeitslosigkeit als soziales Problem, das nicht.

<sup>7</sup> Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Kosten für Arbeitsplätze im Bereich der genossenschaftlichen oder privaten Familienbetriebe noch relativ klein sind.

<sup>8</sup> In der BRD rechnet man im Durchschnitt mit Kosten von etwa 200 000 DM je Arbeitsplatz.